

Archiv / Rückblick:
**Von der Holbeinstraßen-Initiative
zum
[fern]wärme-forum braunschweig**

14. Mai 2008:

Vierter Jour Fix: Ratsherr Eberhard Funke hält einen Vortrag über die möglicherweise zu erwartenden Bundesgesetze und beantwortet Fragen zu dem damit verbundenem Fernwärmeanschlusszwang. Er lässt durchblicken, dass bei entsprechender Bundesgesetzgebung der Rat mehrheitlich für einen Anschluss- und Benutzungszwang für Fernwärme, geliefert von BS Energy, stimmen wird. Erwähnt aber auch Ausnahmen, wie Wärmepumpen, Holz-(Pellet-)Heizungen, kleinere Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und andere dezentrale Lösungen, die vom Anschlusszwang befreien. Die Versammlung wird von rd. 120 Bürgerinnen und Bürgern besucht.

14. Mai 2008:

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Top Klimaschutzplan für Braunschweig.

13. Mai 2008:

Ankündigung unserer Veranstaltung mit Funke in der BZ.

05. Mai 2008:

Vertreter des fwf (Dr. Beneke, Dr. Mittendorf, Dr. Miersch, Heffter) treffen sich mit der FDP Ratsfraktion zu einem Meinungsaustausch.

30. April 2008:

Nun bringt auch die nB einen sehr umfangreichen Artikel.

25. April 2008:

Die Stadt reagiert mit einer Stellungnahme:

www.presse-service.de/data.cfm/static/694736.html

23. April 2008:

Endlich wird das Thema Fernwärmeanschlusszwang in der BZ öffentlich gemacht.

22. April 2008:

Das fwf vertreten durch Beneke/Heffter führt ein Pressegespräch mit dem Redakteur Stachura von der BZ.

16. April 2008:

Dritter Jour Fix: Eingeladen sind die Ratsherren Hinrichs und Funke. Herr Funke folgt der Einladung nicht. Nach der gestrigen Ratssitzung geht doch von ihm der Wunsch aus, noch eingeladen zu werden.

15. April 2008:

Einwohneranfrage im Rat der Stadt. Anschließend suchen Ratsherr Funke und der OB Hoffmann im Foyer das Gespräch mit den Teilnehmern des fwf. Es wird natürlich versucht die Sache herunterzuspielen.

11. bis 14. April 2008:

Aktion 52-52-52. 52 Bürger aus 52 Straßen innerhalb des anvisierten Fernwärmezgangsgebietes schreiben an 52 Ratsmitglieder an und bitten um einen Dialog. Anlass und Gegenstand der Schreiben sind die neuen Interentseiten von BS Energy, auf denen offensiv für den Fernwärmezwang geworben wird und die für die Urteilsbildung bedeutsame Sachverhalte außer Acht lassen.

Die angeschriebenen Ratsmitglieder antworten gar nicht oder nicht persönlich, sondern nur über die Fraktionsbüros an unsere Sammel-Emailadresse.

02. April 2008:

2 Bürgeranfragen des fwf in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Dr. Renate Wachsmuth fragt, ob die Begriffe „Fernwärme-Satzung“, „Anschlusssatzung“, „Satzungszone“ und „Fernwärmevorranggebiet“ den Fernwärme-Anschluss- und benutzungszwang beinhalten“. Dr. Stefan Miersch stellt die Frage, ob der Entwurf Luftreinhalteplan Braunschweig – Fortschreibung Stand 15. Juni 2007 – noch die rechtsverbindliche Grundlage für die geplante Entscheidung der Ratsmitglieder zum Fernwärmeanschlusszwang darstellt oder nicht. Die Verwaltung weicht den Bürgeranfragen aus. Die Diskrepanz zwischen der Informations- und Gesprächsverweigerung von Politik und Verwaltung einerseits und der Werbekampagne von BS Energy wird immer größer.

07. März bis 04. April 2008:

Briefe aus dem Kreis um das fwf an Ratsmitglieder mit unterschiedlichen mit unterschiedlichen Schwerpunkten:

- Dr. Stefan Miersch schreibt am 07.03.08 an SPD-Ratsmitglied Dobberphul thematisiert den demokratischen Anstand des Verfahrens, fragt nach der Rechtsverbindlichkeit des „Entwurf Luftreinhalteplan – Fortschreibung – Stand 15. Juni 2007“ und lädt ihn zum Jour Fix in den Stadtpark am 3. April ein. Herr Dobberphul reagiert von sich aus nicht auf das Schreiben. Als Herr Miersch bei ihm am 31.03. anruft und nachhaken will, ist Frau Dobberphul am Apparat und teilt mit ihr Mann sei in einer Viertel Stunde erreichbar. Innerhalb dieser viertel Stunde erhält Herr Miersch ein Fax mit folgender Mitteilung: „... halte es nicht für Ziel führend, vor Erscheinen der neuen Vorlage zur Fernwärme ein Gespräch zu führen. Deshalb werde ich den von Ihnen vorgeschlagenen Gesprächstermin nicht wahrnehmen.“

- Dr. Stefan Miersch schreibt am 11. März 2008 an CDU-Ratsherr Manlik: Antwort am 8. April 2008: Die aufgeworfenen Aspekte können nur auf der Grundlage eines konkreten Entwurfs einer Anschluss- und Benutzungssatzung beantwortet werden. „Ich gehe davon aus, dass die politische Diskussion dazu um die Sommerferien herum beginnen wird.“

- Michael Hesse und Margrit Hogendoorn schreiben am 15.03.2008 an CDU-Ratsmitglied Eberhard Funke und fragen nach den haustechnischen Konsequenzen des Fernwärme-Anschlusszwangs und laden ihn zum Jour Fix am 16. April 2008 ein. Herr Funke ruft Herrn Hogendoorn am 04.04. an und teilt mit, dass er es zum 16.4. nicht schafft. Sagt zu, sich mit Frau Beneke in Verbindung zu setzen, um einen neuen Termin zu vereinbaren.

- Peter Illers und andere Mitglieder seiner Hauseigentümergeinschaft schreiben am 28.03.2008 an CDU-Ratsherr Manlik und problematisiert die Umsetzung des Fernwärmezgangs für Hauseigentümergeinschaften: Antwort am 6. April 2008: Es ist Sache der Verwaltung, mit Fachverstand und sachgerecht zu informieren. Will den Stadtbaurat bitten, die betroffenen BürgerInnen über die beabsichtigte Fernwärmesatzung zu informieren.

- Jörg Warnecke schreibt am 4.4. an Grünen-Ratsfrau Gisela Witte und fragt. Wer trägt das finanzielle Risiko des Fernwärmezgangs im Falle der Unterauslastung des Fernwärmenetzes. Frau Witte antwortet am 10.04.2008. Sie geht davon aus, dass mit dem

Fernwärmezwang für die Bürger kein finanzielles Risiko verbunden ist. Sie will sich dafür einsetzen, dass die Stadt Einflussmöglichkeiten auf die Preisgestaltung hat.

Mitte März 2008:

BS Energy startet seine Werbekampagne im Internet zum Fernwärme-Anschlusszwang.

19. März 2008:

Zweiter „Jour Fix“ mit der umweltpolitischen Sprecherin der SPD Frau Palm.

29. Februar 2008:

Der FB Stadtplanung und Umweltschutz gibt eine Mitteilung in Umlauf, in der auf die in Veranstaltung vom 22.01.08 gesammelten Unterschriften eingegangen wird. Es ist genauestens ausgezählt worden, welche Unterschreiber im Zwangsgebiet wohnen. Das die Unterzeichner ggf. Vermieter sein könnten, wird dabei nicht in Betracht gezogen.

27. Februar 2008:

Planungs- und Umweltausschuss: Der Antrag der BIBS zum Klimaschutzplan für Braunschweig soll behandelt werden. Dieser Tagesordnungspunkt wird in der Presse nicht bekannt gegeben, wird dann aber doch in der Ausschusssitzung behandelt.

20. Februar 2008:

Erster „Jour Fix“. Die Internetseite <http://www.fernwaermeforum.de> wird ins Leben gerufen.

06. Februar 2008:

Das [fern]wärme-forum braunschweig richtet ein regelmäßiges Treffen für interessierte Bürgerinnen und Bürger jeden 3. Mittwoch im Monat im Stadtparkrestaurant ein.

05. Februar 2008:

Ratssitzung: Die Fraktion der BIBS stellt den Antrag auf Erstellung eines Klimaschutzplans für Braunschweig. Turbulenzen in der Abstimmung. Ratsherr Pesditschek stellt einen Antrag für ein Sofortprogramm zur energetischen Gebäudesanierung. Der Antrag der BIBS wird in den PLUA verwiesen.

31. Januar 2008:

Mit 14-tätiger Verzögerung kommt doch eine Pressemitteilung über die Versammlung im Gemeindesaal St. Katharinen in der BZ.

28. Januar bis 07. Februar 2008:

BS Energy stellt allen Ratsfraktionen und allen Ratsmitgliedern die Power Point Präsentation vor, mit denen den Braunschweiger BürgerInnen der Fernwärme-Anschlusszwang näher gebracht werden soll.

24. Januar 2008:

Eine Pressemitteilung der Stadt wird veröffentlicht, ohne dass auf unsere Veranstaltung eingegangen wird. Aber die Abstimmung über die Fernwärmesatzung wird abermals verschoben. Diesmal bis in den Spätsommer hinein:

Link auf Pressemitteilung: www.presse-service.de/data.cfm/static/685964.html

22. Januar 2008:

Das [fern]wärme-forum Braunschweig führt am 22.01.08 eine Bürgerversammlung mit Vertretern der Ratsfraktionen im St. Katherinen. Es wurden 2000 Einladungen an 2000 Haushalte verteilt. Bis auf die CDU sind alle Fraktionen der Einladung gefolgt. Henning Brandes, der als Landtagsabgeordneter gerade im Wahlkampf war, nahm die Gelegenheit wahr und kam als „Privatperson“, wie er mitteilte. Zu der Veranstaltung erschienen 240 Bürgerinnen und Bürger. Frau Dr. Gudrun Beneke hielt einen sehr informativen Vortrag, an

den sich eine Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung anschloss. Es wurden anschließend 225 Unterschriften gegen den Anschlusszwang gesammelt. Die Pressemitteilung des fwf wird nicht von der BZ gebracht.

15. Januar 2008:

Artikel in der BZ. Die Stadtverwaltung teilt mit, dass in der Ratssitzung am 5. Februar das Thema Fernwärme nicht auf der Tagesordnung stehen wird, weil die Frage der Fördergelder noch nicht geklärt ist.

02. Januar 2008:

Der Kreis um die Holbeinstraßen-Initiative wächst und professionalisiert sich. Umbenennung in [fern]wärme-forum braunschweig (fwf).

Das fwf lädt die Bürger des östlichen Ringgebietes sowie jeweils ein Mitglied der Ratsfraktionen zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 22.01.2008 ein, zumal am 27. Januar Landtagswahlen anberaumt sind und in der Ratssitzung am 5. Februar mit einer Abstimmung zum Fernwärmepflicht zu rechnen ist. Die CDU lehnt eine Teilnahme ab. „Aus der Sicht der CDU-Ratsfraktion macht es erst Sinn zu diesem Thema zusammenzukommen, wenn die Rahmenbedingungen vom Bund festgeschrieben sind und dazu ein Förderprogramm von BS Energy vorliegt.“

17. Dezember 2007:

Erneute Anfrage der der Holbeinstraßen-Initiative bei den beiden großen Ratsfraktionen, wie sie jeweils zum Fernwärme-Anschlusszwang stehen. Das Schreiben wurde persönlich bei den Fraktionen abgegeben. Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer ruft kurz darauf Dr. Beneke an. Die von ihr verfasste Gesprächsnotiz wird nicht bestätigt und die von der Gegenseite zugesagte Richtigstellung bleibt aus. Der CDU-Fraktionsgeschäftsführer schreibt am 8. Januar sinngemäß: Die Fraktion kann keine Stellung beziehen, weil BS Energy noch kein Fernwärme-Konzept vorgelegt hat.

23. November 2007:

Öffentliche Expertenanhörung der Stadt Braunschweig zum Thema „Stadtentwicklung und Klimaschutz.“ Dabei standen Verkehrsfragen im Vordergrund. Der Bevölkerung wird diese Veranstaltung am selben Tag, am 23.11., über die Braunschweiger Zeitung bekannt gegeben, die zudem mitteilt: „Die Stadt weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Bürgerversammlung mit Diskussion handelt.“

14. und 17. November 2007:

E-Mail-Anfrage der Holbeinstraßen-Initiative bei den Ratsfraktionen, wie sie jeweils zum Fernwärme-Anschlusszwang stehen. Die beiden großen Ratsfraktionen reagieren nicht auf dieses Schreiben.

13. und 20. November 2007:

Info-Veranstaltungen der BI für den Erhalt öffentlichen Eigentums im Stadtpark-Restaurant. „Fernwärme durch Zwang“ und „Vorfahrt für Energieeinsparung“. Eingeladen waren Experten für regenerative Energiesysteme sowie Marcus Diekmann von BS Energy. Der OB unterbindet die Teilnahme von BS Energy. Anzahl der Teilnehmer jeweils ca.80.

22. November 2007:

Entscheidung über die Fortschreibung des Luftreinhalteplans insbesondere über die Fernwärme-Satzung im Rat der Stadt wird auf die nächste Ratssitzung am 05.02.2008 verschoben.

Link auf Pressemitteilung: www.presse-service.de/data.cfm/static/681538.html

19. September 2007:

Die Stadt gibt in einer Pressemeldung bekannt: „Der fortgeschriebene Luftreinhalteplan in Sachen Luftreinhaltung, Feinstaub und Klimaschutz kommt nicht wie von der Verwaltung

geplant auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 25. September. Die Entscheidung fällt dann in der Ratssitzung am 18. Dezember“. Damit wird – so die Begründung für die Verschiebung - den Bürgern die Möglichkeit eröffnet, über die Einwendungsfrist hinaus Einwendungen und Anregungen einzubringen. „Dieses Entgegenkommen sei keine formale Fristverlängerung, sagte Hoffmann. Vielmehr werde eine „Kann-Bestimmung“ ausgenutzt. Die Verwaltung halte den fortgeschriebenen Luftreinhalteplan nach wie vor für entscheidungsreif.“

07. und 14. September 2007:

Die Verwaltung legt das Ergebnis der Öffentlichen Beteiligung vor. Einwendungen von BürgerInnen hinsichtlich der völlig unzureichenden und unsystematischen Begründung des Fernwärmewangs werden ignoriert. Und obwohl die Verwaltung selbst im Luftreinhalteplan den Fernwärmewang mit Klimaschutzzielen rechtfertigt, bügelt sie kritische Stellungnahmen von BürgerInnen in diesem Punkt mit dem Argument ab, der Luftreinhalteplan sei nicht das geeignete Instrument, um Klimaschutzziele zu verfolgen.

25. August und 12. September 2007:

Abgabe des Einspruchs von 97 BürgerInnen, die sich der von der Holbeinstraße ausgehenden Initiative angeschlossen haben. Sie fordern die Frist für Anregungen und Bedenken bis zum 30.11.2007 zu verlängern, mit der Begründung, dass weder der Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz noch die im Rat vertretenen Fraktionen in Sachen Fernwärmewang, Luftreinhaltung und Klimaschutz ihrer Informationspflicht nachgekommen sind und damit die BürgerInnen nicht hinreichend informiert wurden.

23. August 2007:

Bürgerversammlung der Holbeinstraßen-Initiative im Gemeindesaal von St. Katharinen. 120 BürgerInnen nehmen daran teil. Das Umweltamt schlägt die Einladung mit folgender Begründung aus: Die formulierten Fragen können angesichts der komplexen Thematik und vor dem Hintergrund der urlaubsbedingten Abwesenheit zahlreicher Mitarbeiter nicht beantwortet werden. Deshalb müsse auch von einer Teilnahme an der Bürgerversammlung abgesehen werden

23. Juli 2007:

Öffentliche Bekanntmachung über die Auslegung des „Entwurf Luftreinhalteplan Braunschweig – Fortschreibung - Stand 15. Juni 2007“ vom 31. Juli bis 30. August 2007. Anregungen und Bedenken können bis zum 13.09.2007 eingereicht werden. Der Ratsbeschluss ist Ende September vorgesehen. (Die öffentliche Auslegung erfolgt während der großen Schulferien vom 19.07. bis 27.08. 2007)

Die fachliche Qualität des öffentlich ausgelegten Dokuments lässt zu wünschen übrig. Es enthält keine nachvollziehbare Begründung für den Fernwärme-Anschlusszwangs - weder unter Luftreinhalte- noch unter Klimaschutzaspekten.

Noch während der Sommerferien formiert sich eine kritische Gruppe von BürgerInnen aus der Holbeinstraße und leitet eine Bürgerversammlung in die Wege. Über Handzettel werden BürgerInnen in den benachbarten Straßenzügen auf das Vorhaben der Stadt aufmerksam gemacht. Die InitiatorInnen laden BürgerInnen sowie jeweils eine(n) Vertreter(in) von BS Energy und vom städtischen Umweltamt ein. Das Umweltamt wurde gebeten, die Begründung für den anvisierten Fernwärmewang zu erläutern.

17. Juli 2007:

Ratsbeschluss zur öffentlichen Auslegung des „Entwurf Luftreinhalteplan Braunschweig – Fortschreibung - Stand 15. Juni 2007

09. Juni 2007:

Verwaltung stellt die Umweltzone zurück. An Fernwärmeanschlusszwang soll nach OB Hoffmann jedoch festgehalten werden. Link auf Pressemitteilung: www.presse-service.de/data.cfm/static/667088.html

05. Juni 2007:

Der OB lädt zu einer Informationsveranstaltung in die Stadthalle ein, um den BürgerInnen den „Entwurf Luftreinhalteplan Braunschweig – Fortschreibung – Stand 29. Mai 2007“ vorzustellen. Das im Luftreinhalteplan enthaltene Maßnahmenpaket enthält acht Maßnahmen. Der Ausbau der Fernwärme mit Anschluss- und Benutzungszwang ist eine davon. Bemerkenswert ist die seitens der Stadt gewählte Sprachregelung: „Der fortgeschriebene Luftreinhalteplan in Sachen Luftreinhaltung Feinstaub und Klimaschutz“.